Einstimmig beschlossen: 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung, 0 Befangen

a) Beschluss über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB

Die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB der V. Änderung des Bebauungsplanes Rheinbach Nr. 57 „Fachhochschule“ vorgebrachten Stellungnahmen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr der Stadt Rheinbach in seiner Sitzung am 28.05.2013 geprüft und gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung und Verkehr fasst den Beschluss über die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB und der Behördenbeteiligung gemäß § 4 (2) BauGB des Planentwurfes eingegangenen Stellungnahmen. Grundlage für den Beschluss ist die der Verwaltungsvorlage als Anlage beigefügte tabellarische Zusammenfassung der Stellungnahmen mit Abwägungsergebnis.

Das Abwägungsmaterial und die tabellarische Übersicht sind Bestandteil des Beschlusses.

Der abschließende Beschluss über das Abwägungsergebnis bleibt dem Rat der Stadt Rheinbach vorbehalten und wird diesem in Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss vorgelegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen erhoben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Abwägungsgründe in Kenntnis zu setzen.

Einstimmig beschlossen: 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltung, 0 Befangen

b) Satzungsbeschluss (abschließende Entscheidung durch den Rat)

Der Bebauungsplan Rheinbach Nr. 57 „Fachhochschule“ V. Änderung, der im beschleunigten Verfahren unter Anwendung des § 13 a Baugesetzbuch „Beschleunigtes Verfahren für Bebauungspläne der Innenentwicklung“ ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt worden ist, wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch und § 86 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird definiert durch die B 266 bzw. deren Anbauverbotszone im Norden, dem Parkplatz der Fachhochschule im Osten, den Flurstücken Gemarkung Rheinbach, Flur 7, Nr. 220 und 237 (Fahrrecht) im Süden und dem Gründer- und Technologiezentrum (gtz) im Westen. Der Plangeltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Rheinbach, Flur 7, Nr. 219 und 236 jeweils teilweise. Die Bebauungsplanänderung besteht aus Festsetzungen durch Zeichnung und Schrift. Die vorliegende Begründung wird gebilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte zum Inkrafttreten der Bebauungsplanänderung durchzuführen.